

Tagesbote für Untersteiermark.

Pränumerationspreis für Marburg.
 Monatlich fl. 70 kr.
 Vierteljährig 2 „ 10 „
 Zustellung monatlich „ 15 „
 Einzelne Nummern 4 kr.

Organ der liberalen Partei.
 Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
 Manuscripte werden nicht zurück gesendet.

Pränumerationspreis mit Post:
 Monatlich 1 Gulden.
 Vierteljährig 3 „
 Ganzjährig 12 „
 Insertionsgebühr 6 kr. v. Zeile.

Nr. 193.

Marburg, Mittwoch 30. November 1870.

IX. Jahrgang

An unsere Leser!

Das tägliche Erscheinen eines Blattes ist mit sehr bedeutenden Unkosten verbunden, wir verweisen diesfalls nur auf die „Neue freie Presse“ in Wien, welche trotz ihrer großen Verbreitung zu einer Erhöhung des Abonnementspreises greifen mußte. Auch uns standen nur zwei Wege offen, eine namhafte Erhöhung der Abonnementspreise, oder eine Herabminderung der Erscheinungstage unseres Blattes; wir haben den letzteren gewählt. Vom 1. Dezember d. J. angefangen werden wir das Erscheinen des „Tagesboten für Untersteiermark“ sistiren und dreimal wöchentlich die „Marburger Zeitung“ als Lokalblatt mit ungeänderter politischer Richtung erscheinen lassen. Das Blatt wird Mittwoch, Freitag und Sonntag Morgens ausgegeben werden.

Zugleich erlauben wir uns auf die „Marburger Zeitung“ vom 1. Dezember angefangen das Abonnement zu nachstehenden Preisen zu eröffnen.

Pränumerationspreise.

Für Marburg:

ganzzährig	6 fl. — kr.
halbjährig	3 fl. — kr.
vierteljährig	1 fl. 50 kr.
für Zustellung ins Haus monatlich	10 kr.

Mit Postversendung:

ganzzährig	8 fl. — kr.
halbjährig	4 fl. — kr.
vierteljährig	2 fl. — kr.

Der Stadtschulrath von Marburg und das Staatsgrundgesetz.

Der Stadtschulrath von Marburg hat im vorigen Jahre über Antrag seines Mitgliedes Herrn M., eines bekannten Anhängers der sogenannten staatsrechtlichen Opposition, eines „Nationalen“ vom reinsten Wasser, den Beschluß gefaßt, daß in sämtlichen hiesigen städtischen Volksschulen, sowohl für Mädchen als für Knaben der obligatorische Unterricht in der slovenischen Sprache nicht etwa für geborne Slovenen allein, sondern für Schüler ohne Unterschied der Nationalität zu erteilen sei.

Gleich wie wir selbst von diesem Beschlusse des Stadtschulrathes nur durch einen glücklichen Zufall in Kenntniß gelangt sind, dürften auch die kompetenten Oberbehörden von demselben oder wenigstens dessen Tragweite keine Kenntniß haben, sonst wäre es nicht denkbar, daß dieser Beschluß in Wirksamkeit treten konnte. Er bedeutet kurz gesagt die Slovenisirung der Schulen einer deutschen Stadt, er widerspricht dem klaren Wortlaute der Staatsgrundgesetze, er kann am treffendsten als ein dem Deutschthum in Steiermark ins Angesicht geschleudertes Fehdhandschuh bezeichnet werden.

Während der hiesige Stadtschulrath keine Gelegenheit an sich vorüber gehen ließ, sein Das sein dadurch altemäßig zu dokumentiren, daß

derselbe jeden seiner Beschlüsse, möge er auch minder wichtig sein, die möglichste Vorbereitung durch öffentliche Kundmachung sicherte — diesen hing er nicht an die große Glocke, daraus suchte er nicht Kapital zu schlagen; wohl in dem Bewußtsein, daß nur durch die Heimlichkeit, mit welcher die Ausführung dieses Beschlusses in Szene gesetzt, demselben auch auf kurze oder längere Zeit der Bestand zugesichert wurde.

In einer Beziehung gibt es keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Gattungen der Gesetzesübertreter, jeder sucht die Spuren seiner gesetzwidrigen Handlungen zu vertilgen, jeder hüllt sein Gebahren möglichst lang in ein geheimnißvolles Dunkel, bis es dem Zufalle gelingt den Schleier zu lüften und die Verletzung des Gesetzes, des Rechtes, der Billigkeit an das sorgfältig gemiedene Licht, den Uebertreter vor das kompetente Forum zu ziehen. Für den gedachten Beschluß des Stadtschulrathes Marburg gäbe es nur eine Entschuldigung, gänzliche Unkenntniß des Gesetzes; abgesehen von dem wichtigen juristischen Grundsatz, daß Unkenntniß des Gesetzes kein Entschuldigungsgrund sei, glauben wir nicht, daß der Stadtschulrath, sich hinter diesen Schirm zurückziehen wird, es wäre dieses Zugeständniß für denselben denn doch zu beschämend. Der Beweis, daß der Stadtschulrath durch den gerügten Beschluß eine entschiedene Mißachtung des Gesetzes manifestirt, wollen wir an der Hand des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1868 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, § 19 erbringen. Dieser lautet:

Alle Volkstämme des Staates sind gleichberechtigt und jeder Volkstamm hat ein unverletliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache; die Gleichberechtigung aller Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben ist vom Staate anerkannt.

In den Ländern, in welchen mehrere Volkstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart eingerichtet sein, daß ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder dieser Volkstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung seiner Sprache erhält.

Hat aber der Stadtschulrath in Marburg die Gleichberechtigung jedes Volkstammes gewahrt, indem er Kinder deutschen Stammes zwingt, denn dieser Begriff involvirt „obligater Gegenstand“, slavisch, d. i. die Sprache jenes Volkstammes zu lernen, dessen erbitterte Gegnerschaft gegenüber dem Deutschthum, deutscher Kultur, Sitte und Wissenschaft notorisch ist; liegt darin die vom Gesetze gewährleistete Gleichberechtigung? Nein! gewiß nicht; der Stadtschulrath der deutschen Stadt Marburg hat durch die Einführung des obligatorischen Unterrichtes im Slovenischen ohne Unterschied der Nationalität in den hiesigen städtischen Volksschulen nicht nur die allgemeinen Bestimmungen des § 19 d. S. Stadtgrundgesetzes, sondern auch dessen spezielle Bestimmungen, daß in Ländern, in welchen mehrere Volkstämme wohnen, zur Erlernung der zweiten Landessprache kein Zwang angewendet werden dürfe — entschieden verletzt.

Wir sind überzeugt, daß man uns den beliebigen Einwurf machen wird, daß es den Eltern deutschen Stammes frei steht, ein positives Veto dagegen einzulegen, daß ihre Kinder slovenisirt werden. Doch diese Ausflucht ist nicht stichhaltig, denn erstens sind wenige deutsche Eltern in der Lage offen Opposition machen zu können, zweitens und leider den meisten die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen nicht bekannt; die Mehrzahl

glaubt sich der Anordnung einer Behörde unbedingt fügen zu sollen, denn diese wird schon wissen was Rechtens ist, während doch aus dem gegebenen Falle durch die Einführung des Unterrichtes im Slovenischen ohne Unterschied der Nationalität für alle Schüler der hiesigen Volksschule gerade das Gegentheil erhellt.

Den größten Feind des Deutschthums in Oesterreich trägt dieses übrigens leider selbst in seiner Brust; es sind die falschen Freunde, die Halben, die Vauen, die da sagen, Kompromisse schließen sei besser, als offen kämpfen; gegen diese Manier wollen wir unsere Parteigenossen zu kräftigem Widerstande an der Hand des Gesetzes aufgerufen haben. Dem Deutschthume, dem argbedrohten, sei diese letzte Lanze, die uns an dieser Stelle zu brechen gegönnt, dem Deutschthume sei sie geweiht, gleich wie unsere ganze publizistische Thätigkeit ein Bestreben nur, ein Ziel kannte und kennen wird, die Prinzipien der Freiheit, der deutschen Sitte, Kultur und Wissenschaft jene verdiente Anerkennung zu verschaffen, welche ihr von Rechtswegen auf Grundlage der Geschichte in Oesterreich gebührt, und alle Angriffe gegen dieselbe zu bekämpfen, mögen sie nun von offenen Gegnern oder verkappten Feinden ausgehen; mögen auch diese in der Wahl der Waffen nicht wählerisch sein, das Bewußtsein für eine gute Sache zu streiten, ist der halbe Sieg.

Zeitungsschau.

Das „Waterland“ nimmt Anlaß, aus der russischen Kündigung des Pariser Vertrages auf die Motivirung des Unterrichtsministers Stremayer zurückzukommen, mit welcher derselbe die Aufhebung des Konkordates rechtfertigte und sucht nachzuweisen, daß auch die Pacifisten des Pariser Friedens ihre Wesenheit verändert haben, daß somit Rußland mit gleichem Rechte als Oesterreich das Konkordat, den Pariser Frieden kündigen könne. Daß die orientalische Frage dormalen ihre Erledigung finden werde, glaubt das „Waterland“ nicht annehmen zu dürfen; man werde die Sache zu verschleppen suchen, wie man überhaupt nicht mehr Politik im großen Style zu treiben versteht, sondern sich begnüge, von Tag zu Tag solche zu treiben; dieses Verfahren biete allerlei Gelegenheit zum Börsenspiele (Eine sehr verständliche Anspielung auf gewisse Kreise. Anm. d. Red.)

Die „Politik“ erklärt sich durch den Inhalt des Rothbuchs nicht befriedigt; Oesterreich sei nur dem Namen nach eine Großmacht, Schuld daran trage zum großen Theile die Politik des Grafen Beust, welcher sich in Alles mögliche hineinmische, ohne die Konsequenzen dieser Einmischung ziehen zu können oder zu wollen, wodurch nur das Ansehen des Staates kompromittirt werde, indem dessen diplomatische Ohnmacht dokumentirt werde.

Die „Politik“ vergleicht den Grafen Beust mit einer Mücke, welche auf dem Rücken des Stierus sitzend, sich des Staubes freut, den jener aufwirbeln macht. Die italienische und römische Frage sei so ziemlich ohne Rücksicht auf Oesterreich gelöst worden, allerdings aber wohl ohne dem Streusande Beust'scher Noten.

Zum Schluß unterzieht die „Politik“ den Nachhang zum Rothbuche, welcher die pontische Frage behandelt, einer einschneidenden Kritik und findet, daß es zu spät sei, die Ereignisse im Oriente zu beschwören, die Politik Oesterreichs im Oriente stehe vor ihrer Ernte.

Die „Presse“ behauptet, durch die nahe Verwirklichung des Konferenzvorschlages und die

Haltung Englands habe sich die Situation freundlicher gestaltet, dafür spreche insbesondere die eminent friedliche Sendung Odo Russell's nach Berlin. Trotz aller dem sieht sich die „Presse“ doch zu dem Zugeständnisse bewogen, daß wenn die orientalische Frage gegenwärtig verschleppt werde, ihre Erledigung und zwar durch einen Weltkrieg kaum vermeidlich sein wird; es handle sich eben nur um das Wann, nicht um das Wie?

Auch die „Neue Freie Presse“ faßt die Sachlage als der Erhaltung des Friedens günstiger auf, indem sie das Zustandekommen der Konferenz als so ziemlich sicher annimmt; bedenklich erscheint derselben nur die Forderung der Garantie, welche England und angeblich auch Oesterreich an Rußland stellen; letzteres werde solche ebensowenig zu geben, als es seine erste Note zurückziehen bereit sein würde. Würde sich hingegen Fürst Gortschakoff zu diesem Zugeständnisse herbeilassen, dann wäre die Schlichtung der Pontusfrage auf friedlichem Wege gesichert.

Der „Wanderer“ glossirt auf das schärfste die Nachtragsforderungen des Kriegsministers. Er fragt, wozu eigentlich zwölf Millionen für halbe Rüstungen im Sommer vergeudet wurden? Preußens Freundschaft haben wir sicher uns nicht erworben, denn es lag auf der Hand, daß diese Rüstungen gegen unseren Nachbarstaat gerichtet wären, während Frankreich seinerseits keinen Grund hat, uns zum Danke verpflichtet zu sein. Zwischen dem Aufwande für die Armee und dem durch denselben erzielten Nugeseite obwalte ein derartiges Mißverständnis, daß das Volk endlich der Opfer zu militärischen Zwecken überdrüssig werden müsse. Die Delegationen mögen wohl im Auge behalten, daß der Staat auf diesem Wege seinem Ruine unaufhaltsam entgegenrückt.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ erblickt in dem Gelingen des Bismarck'schen Konferenz-Projektes eine Schlappe für Oesterreich, indem dadurch Oesterreich isolirt bleibe, während es in Folge der vom Grafen Beust projektirten Koalition aus derselben heraustreten konnte. Bezeichnend sei, daß Oesterreich zuletzt das Konferenzprojekt mitgetheilt wurde, um Oesterreich einer vollendeten Thatsache gegenüber widerstandslos zu machen. Schließlich befürchtet das „N. W. T.“ das Gortschakoff's Antwort auf die Beust'sche Note sehr herb und ablehnend ausfallen werde.

Von den Delegationen.

(Pest.) Nachdem die Delegationen ihre Plenarjüngern unterbrochen, setzten die Ausschüsse ihre mehr geräuschlose Thätigkeit fort. In der Sitzung des Finanzausschusses der österreichischen Delegation erschien der cisleithanische Finanzminister über gegebene Aufforderung, um über die Finanzlage Cisleithaniens Aufschluß zu geben. Erfreulich bot das Bild, welches Herr v. Holzgethan vor den Augen unserer Delegirten entrollte, wahrhaftig nicht.

Der österreichische Finanzminister erklärte: Das cisleithanische Defizit pro 1871 beträgt achtzig Millionen, davon seien sechzig gedeckt und zwar: durch drei Millionen Kassebestände, durch Abfuhr aus Landesklassen sechs, durch Steuermehrertrag acht; durch Münzschneidgewinn dritthalb, durch Reichs-Aktiva zehn, durch Rückzahlung dalmatinischen Vorschusses vierthalb, durch Aktienbesitz drei, durch Metallwerth zwei, endlich durch den Ueberschuß von 1870 zweiundzwanzig Millionen (?). Es seien sonach gegen zwanzig Millionen ungedeckt, welche durch eine Rentenschuld aufzubringen wären. Der Budget-Ausschuß war jedoch einhellig der Meinung, daß, wenn die gegebenen Ziffern richtig seien, das Defizit mindestens vierzig Millionen Gulden ausmache, weil der Finanzminister den Januar-Coupon 1872 ungerechnet läßt, für welchen die Mittel im Dezember 1871 vorhanden sein müssen. Insbesondere Dr. Brestel unterzog die Aufstellungen Holzgethan's einer scharfen Kritik, auf welche dieser buchstäblich die Antwort schuldig geblieben.

Eine neue Ueberraschung steht übrigens den Delegationen in Form einer Gesetzesvorlage des Kriegsministers vor, welche den Zweck hat, die Vorbedingungen zu schaffen, um binnen zwanzig Tagen eine Armee von 500.000 mobilisiren zu

können. Unter diesen Umständen dürfte vielleicht eine Einberufung der österreichischen Delegation zu einer Plenarsitzung noch vor dem bis nun gestellten Termine (dem 8. Dezember) nöthig werden.

Eigenthümlich ist die Parteigruppierung, welche sich innerhalb der Delegation in Folge des drohenden Konfliktes im Oriente entwickelte; der einer Friedenspolitik zuneigenden verfassungstreuen Partei innerhalb derselben steht eine Verstärkung von gegnerischer Seite bevor, nämlich durch die Mitglieder des rechten Centrum, denen sich auch Graf Rechberg angeschlossen hat.

Politische Uebersicht.

Inland.

(Wien.) Hinsichtlich des Maßes der zu Friedenszwecken im Sommer d. J. unternommenen Rüstungen geben die Detailangaben des außerordentlichen Erfordernisses von 60.407.833 fl. Aufklärung.

Die Standeserhöhung an Mannschaft und Pferden betrug circa 50.000 Mann und 24.247 Pferde, und zwar ausschließlich an Kavallerie, Feld- und Festungsartillerie und Fuhrwesen, sowie deren Remontirung; diese Standeserhöhungen betragen bei der Kavallerie und den Fuhrwesen die Hälfte des Feldbestandes.

Am 15. September (nach Sedan) wurden circa 30.000 Mann beurlaubt, im Pferdebestande trat keine Veränderung ein, nur die kontraktlich über den momentanen Bedarf übernommenen 6000 Pferde wurden veräußert.

Der gegenwärtige Stand an Mannschaft und Pferden soll jedoch beibehalten werden, das Erforderniß hierfür beträgt circa 6 Millionen und ist in den 60 Millionen nicht enthalten.

Die russische Antwortnote ist in Wien noch nicht eingelangt. In Anbetracht der von den Kabineten von London und Wien gemachten Vorbehalte, daß nämlich dadurch keine prinzipielle Anerkennung des von der russischen Regierung in der Cirkulardepesche vom 31. Oktober eingenommenen Standpunktes ausgesprochen werden solle, scheint das von Preußen ausgehende Konferenzprojekt noch nicht gesichert.

(Prag.) Bei den Prager Gemeindevahlen drangen bei schwacher Theiligung die czechischen Kandidaten durch: In der Altstadt mit 400 gegen 219, in der Neustadt mit 586 gegen 205, auf der Kleinfeld mit 234 gegen 141 Stimmen. In der Josefstadt wurde nach hartnäckigem Wahlkampf der Kandidat des Deutschen Kasino, Schwab, mit 46 gegen 41 Stimmen gewählt.

Die Stadt zeigte keine merkliche Erregung der Gemüther, wie dies bei den letzten Wahlen der Fall war.

(Pest.) Dortige inspirirte Organe ventiliren die Frage einer Abtretung der Sutorina von Seite der Türkei an Oesterreich-Ungarn.

Die bezüglichen Unterhandlungen sollen schon weit vorgeschritten sein. Für Oesterreich hätte diese Abtretung vor Allem den Vortheil, daß dadurch der territoriale Zusammenhang zwischen den dalmatinischen Kreisen Cattaro und Ragusa, der durch dieses türkische Gebiet unterbrochen ist, hergestellt würde.

Ausland.

(Berlin.) Innerhalb des Reichstages droht ein Konflikt auszubrechen: Bekanntlich sind die Mandate der Abgeordneten bereits abgelaufen; um Neuwahlen zu vermeiden, beschloß der Reichstag eine Verlängerung derselben; die Fortschrittspartei bestreitet nun dessen Kompetenz zur Verachtung und Annahme der neuen Bundesverfassung, und drängt zu Neuwahlen; schließlich dürfte sie sich doch beugen.

Der Bundesvertrag mit Württemberg wurde vom Bundesrathe einstimmig genehmigt; am 2. Dez. wird derselbe jenen mit Baiern berathen.

Der „Staatsanzeiger“ enthält den Bundesvertrag mit Baiern. Die Hauptbestimmung ist die, daß die Artikel 61 bis 68 der Bundesverfassung auf Baiern keine Anwendung finden.

Baiern behält selbstständige militärische Verwaltung unter der militärischen Oberhoheit des

Königs von Preußen. Die Organisation und Formation erfolgt in Uebereinstimmung mit den Normen des Bundesheeres. Der Bundesfeldherr hat das Recht zu Inspektionen. Im Kriege haben die bairischen Truppen dem Bundesfeldherrn unbedingt Gehorsam zu leisten. Die bezügliche Verpflichtung wird in den Fahneide aufgenommen.

Baiern hat im Bundesrathe 6 Stimmen und entsendet 48 Abgeordnete in den Reichstag, welcher somit 382 Mitglieder zählen wird. Bei Beschlüssen, welche nicht den Gesamtbund angehen, werden nur die Stimmen der Staaten gezählt, welche die Angelegenheit angeht.

Baiern behält ein eigenes Post- und Telegraphenwesen; die Steuern werden wie bei Württemberg behandelt. Das Aufsichtsrecht des Bundes über die Heimats-Niederlassungs-Verhältnisse erstreckt sich nicht auf Baiern. Bei der ersten Reichstagswahl bestimmt Baiern die Wahlbezirke.

Der Vertrag beginnt am künftigen 1. Januar in Kraft zu treten und enthält ein Schlußprotokoll (16 Artikel), nach welchem die Verpflichtung Baierns zur Erhaltung der Festungen Ingolstadt, Germersheim, Neu-Ulm und Landau nach dem Kriege aufgegeben wird.

(München.) Die theologische Fakultät der Universität hat mit 6 gegen 3 Stimmen die vom Erzbischof verlangte Erklärung bezüglich der Anerkennung des Unfehlbarkeits-Dogmas beschlossen.

(Bukarest.) Die diesjährige Kammeression wurde heute durch den Fürsten mit der Thronrede eröffnet, welche die guten Beziehungen zur Pforte und allen garantirenden Mächten konstatiert und Konventionen bezüglich der Konsular-Jurisdiktion in Aussicht stellt.

Unter den angekündigten Regierungsvorlagen sind hervorzuheben: Ein Spezialgesetz zur Tilgung der schwebenden Schuld, ein Gesetz zum Baue einer Donaubrücke von Giurgewo nach Rustschuk und ein Gesetz zur Vervollständigung der lückenhaften Expropriations-Gesetze, um die Entschädigungen nach billigen Grundsätzen festzustellen. Das diesjährige Budget ist eequilibrirt, obgleich die zu zahlenden Annuitäten für die Eisenbahn in dasselbe aufgenommen sind.

(London.) Die „Times“ sagt: England wäre einer Diskussion des Vertrages von 1856 zum Behufe einer Revision nicht abgeneigt; die Sprache Gortschakoff's jedoch lasse bezweifeln, daß Rußland auf den Vorschlag eingehen würde.

Daily News meldet aus Konstantinopel, daß der Sultan Ignatieff empfangen habe und die Pforte kriegerische Vorbereitungen zu Land und zur See treffe.

(Brüssel.) In der „Independance“ beschuldigt der spanische Gesandte die hiesige Filiale von Pavaß und Reuter, Madrider Depeschen vom 25. November, welche meldeten, daß vollständige Ruhe in Madrid, Arragonien und Katalonien herrsche, unterdrückt und dafür Londoner Manöver-Depeschen publizirt zu haben.

(Florenz.) Im Ministerrathe reichten Visconti-Venosta, Minister des Aeußern, und der Kultusminister Correnti ihre Demission ein. Veranlassung hiezu gab die Beanständung der Publikation der päpstlichen Encyclica.

Bei den stattgefundenen Parlamentswahlen sind alle Minister wiedergewählt worden. Die Majorität im neuen Parlamente wird eine sehr regierungsfreundliche sein.

Oldoini wird sich nachstens nach Lissabon begeben, um seinen Posten wieder einzunehmen.

Vom Kriege.

Die stereotype Phrase: „Vor Paris nichts Neues“ wurde gestern durch die von uns telegraphisch gebrachte Nachricht von einem Siege der deutschen Armee gegen die französische Nordarmee zwischen Villaz, Bretonneux und Saleux unterbrochen.

Die Nachrichten darüber sind noch sehr sparsam, doch geht aus denselben hervor, daß die Schlacht eine sehr blutige gewesen sei, wie die Worte des Berliner Telegrammes zeigen: Der eigene Verlust ist nicht unbedeutend.

Die Franzosen geben ebenfalls die Niederlage zu, behaupten jedoch in Turin die Positionen gehalten zu haben.

Wieder ist eine jener kleinen Festungen, La

Höre gefallen, sie ergab sich nach zweitägiger Beschießung.

Anderseits wollen die Franzosen kleine Erfolge errungen haben, wie bei Naville, Gentile und Boves, sowie dieselben bei Lemans vorrücken sollen.

General Werder aber soll bei Basques den Franzosen eine Schlappe beigebracht haben, in welcher diese 400 Mann verloren.

Warburger- und Provinzial-Nachrichten.

Warburg, 30. November.

(Die Stelle des Amtleiters) beim hiesigen Stadtamte wurde neuerlich zur Besetzung ausgeschrieben. Gesuche sind bis 15. Dezember beim hiesigen Stadtamte zu überreichen.

(Der Prozeß des Freidenker.) Der k. k. oberste Gerichtshof hat über die Nichtigkeitsbeschwerde des Herrn M. Biron gegen den Schuldspruch der Grazr Geschworenen wegen angeblicher Beleidigung der katholischen Kirche durch einen Aufsatz im „Freidenker“ „Christus auf dem Konzile“ einen Gerichtstag zur öffentlichen Verhandlung in Wien auf den 1. Dezember d. J. angeordnet. Nach dem Preßgesetze darf zu einer solchen Verhandlung der Beschwerdeführer bloß in Begleitung seines Verteidigers erscheinen oder er muß sich von dem letzteren vertreten lassen oder endlich die Beizehung eines am Orte des k. k. obersten Gerichtshofes wohnhaften Verteidigers verlangen. Da nun Herr Dr. Holzinger, der Verteidiger des Herrn Biron, wegen unausschießbarer Vertretungen in Graz nicht nach Wien reisen kann und zur gehörigen Anformirung eines Wiener Anwaltes es bereits an Zeit gebricht, so wird die Verhandlung vor dem Kassationshofe in Wien am 1. Dezember lediglich auf Grundlage der demselben vorliegenden Beschwerdeschrift geführt werden, welche sechs Nichtigkeitsgründe enthält und die Stellung vor andere Geschworne verlangt.

(Gemeindevahlen in Graz.) Die liberale Partei hat bei der jüngsten Wahl des 3. Wahlkörpers trotz aller Anstrengung der Klerikalen gesiegt. Gewählt wurden die Herren: Jantschik mit 620 Stimmen, Kochbichler mit 613, Kieberger mit 588, v. Reichenberg mit 585 und Herr Floigl als Erfahmann mit 583 Stimmen. Die nächstmeisten Stimmen erhielten die Herren: Dr. Hebenstreit 274 Stimmen, Bergmann 249, Rügler 239, Engelhofer 237 und Strohmeier als Erfahmann 230 Stimmen.

(Die Advokatenkammer in Graz) beschloß in der letzten Generalversammlung eine Eingabe an das Justizministerium zu richten, es möge die Kompetenz der Einzelgerichte nach der künftigen Prozeßordnung statt bis zum Betrage von 500 fl. nur bei Eintragungen bis 300 fl. Platz greifen.

(Die Schlußverhandlung) gegen Franz Abel wegen 4fachen Raub- und Mordmordes in Bachsdorf und Dobrenz ist definitiv für den 10. Jänner 1870 angeordnet.

(Von der Universität in Graz.) Die akademische Verbindung Orion feiert am 3. Dez. in der Puntigamer Bierhalle ihren 4. Gründungsfest.

(Theater.) „Gavaut, Minard & Komp.“ aus dem Französischen von Goubinet. Das war wieder ein Theaterabend, wie wir sie heuer schon zum öfteren gehabt, wie sie kein Provinzialhauptstadttheater besser haben kann. Das Stück an und für sich, das insbesondere in den beiden Hauptpersonen Gavaut und Minard zwei sehr gut gezeichnete Charaktere hat, ist so voll komischer Situationen und lachenerregender Episoden, daß das Publikum vor zu vieler Unterhaltung fast zu wenig applaudirte. Der Kern des Stückes liegt darin, daß die zwei alten Kaufleute einen sprechenden Zeugen eines Fehltrittes ihrer Jugend gefunden zu haben glauben, sich in den exorbitantesten Bärtlichkeiten gegen ihn ergehen und zuletzt arg getäuscht sind. Das Hauptverdienst des Abendes gebührt den Herren Rosenfeld (Gavaut) und Rosen (Minard), die in Maske und Spiel gleich Vortreffliches leisteten; doch auch die übrigen Darsteller, insbesondere Herr Wirth (Theodor), Frau Wirth (Elvira) und Herr Osinsky (Plumeau) trugen das Ihre zum Gelingen des Ganzen bei,

dessen Ensemble ein Verdienst der Regie ist. Die Direktion hat durch die Akquisition dieses in der That „neuesten“ Repertoirestückes des Kartheaters sich die Anerkennung des Publikums erworben.

Gerichtshalle.

(Künstler und Trödler.) August Stoll, ein Operettenfänger des Wiedner Theaters in Wien, ein Knastjünger im Alter von 20 Jahren, ließ sich durch finanzielle Verlegenheiten verleiten, ein Harmonium, welches er von der Klavierhandlung des Herrn Guggl ausgeliehen hatte, an den Trödler Simon Lichtblau zu verkaufen.

Das Harmonium hatte einen Werth von 100 fl., dessenungeachtet gab Herr Lichtblau bloß 25 fl. für dasselbe, weil er, wie er sagt, kein Kenner von Instrumenten sei und nicht im Stande war, trotz aller Anstrengungen dem Harmonium auch nur einen Ton zu entlocken.

Dies hielt Hr. Lichtblau für einen klatschenden Beweis von der geringen Güte des Instrumentes. August Stoll behielt sich das Recht vor, das Harmonium wieder zurückzukaufen, doch als er nach einigen Tagen zu dem Trödler Lichtblau kam und dieser inzwischen erfahren hatte, daß Stoll nicht der rechtmäßige Besitzer des Harmoniums sei, verlangte der Trödler einen enormen Gewinn, weil er angeblich bereits einen Käufer gefunden habe, der ihm 60 fl. für das Instrument geboten.

Es bedurfte der Intervention der Polizei, damit Herr Lichtblau das Harmonium um den Preis von 25 fl. wieder zurückstellte. Direktor Steiner erlegte diesen Betrag und das Harmonium wurde Herrn Guggl zurückgestellt.

August Stoll wurde hingegen wegen Verbrechen der Veruntreuung vom Landesgerichte zu 14tägigen Kerker verurtheilt.

Der Trödler Simon Lichtblau, bereits früher einmal wegen bedenklichen Ankaufes bestraft, wurde dieser Uebertretung nichtschuldig erkannt, weil er zur Zeit des Ankaufes noch nicht wissen konnte, daß Stoll nicht der rechtmäßige Besitzer des Harmoniums sei.

(Tod durch Laugeneßenz) Die Tischlergattin Josefa Kattner, deren Fahrlässigkeit Ursache des Todes ihres zweijährigen Söhnleins Rudolf wurde, pflegte konzentrierte Laugeneßenz in einem Gläschchen aufzubewahren, das gewöhnlich am Küchenfenster stand.

Der Anblick des Gläschchens reizte in einem Momente der Abwesenheit der Mutter die Neugierde des Knaben. Er nahm das Gläschchen vom Fenster und trank einen Theil des Inhaltes, welcher trotz rasch geleisteter Hilfe hinreichte, dem Leben des Kleinen nach 24stündigem schwerhastem Ringen ein Ende zu machen.

Es stellte sich übrigens heraus, daß die gewöhnliche Laugeneßenz für den Verkauf vorschristwidrig konzentriert war, indem sie höchstens nur ein spezifisches Gewicht von 1.02 haben sollte, in der That aber 1.3 Dichte hatte, eine Dichte, welche, um die Essenz für das Leben ungefährlich zu machen, den Zusatz von 18 Gewichtstheilen Wasser erfordert.

Deshalb wurde die wider die unglückliche Mutter eingeleitete Untersuchung auch auf den Verkäufer gedachter Essenz, den Kaufmann Karl Haller, vom Gerichte ausgedehnt.

Frau Kattner, welche heftig weinend beinahe unter der Wucht des Bewußtseins ihrer Schuld zusammenbrach, wurde wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens zu 14 Tagen Arrest, Haller wegen Mitschuld an dem Vergehen durch Uebertretung der für den Verkauf von Siften bestehenden Vorschriften zu zwei Monaten strengen Arrest verurtheilt.

Geschäfts-Zeitung.

(Der österreichische Lloyd und der Suezkanal.) Nach einem Bericht aus Port Said vom 9. d. Mts. war dort am 6. d. M. der österreichische Lloyd-Dampfer „Venus“ mit voller Ladung 62,000 Kilos Getreide für Rechnung der türkischen Regierung, aus Baltisch via Konstantinopel angekommen und hat am 7. d. M. Morgens den Kanal von Suez passiert. In Suez kam er am 8. d. M. um 2 Uhr Nachm. an, um nach Dschedah weiterzugehen. Er führt

auch 193 Pilger aus Konstantinopel. Zur verträglichsten Ueberführung der 300,000 Kilos nach Dschedah werden noch vier andere Dampfer verwendet werden.

(Neuer Verschleiß-Tarif.) Für Papier-Zigaretten wird vom 1. November d. J. angefangen in Folge Finanzministerial-Erlasses ein neuer Tarif eingeführt, in welchem die Preise einiger Sorten eine Ermäßigung erfahren haben.

Wien, 20. November. (Getreidebericht.) Die Nachricht, daß im Versandt von Getreide die Schwierigkeiten sich eher häufen als abnehmen, übt einen schlechten Eindruck auf das Geschäft. Bei dem geringen Verkehre, der überhaupt stattfindet, werden die samstägigen niedrigeren Notierungen aufrechterhalten.

Original-Privat-Telegramme.

Brüssel, 30. November. Die Nachricht des „Constitutionnel“ von einem bedeutenden glücklichen Gefechte auf der Seite von Patay ist unrichtig. Es bestätigt sich, daß das südwestlich von Vendome signalisirte preussische Detachement eine isolirte Abtheilung war, welche den Weg verlor.

Die preussischen Streitkräfte auf der Seite von Vendome nähern sich Chateaudun, wo der preussische rechte Flügel sich zu konzentriren scheint.

London, 30. November. Die „Times“ schreiben: Die Antwort Englands auf die zweite Note Gortschakoff's ist fest, das Ministerium wird sich durch die Hoffnung auf die Konferenz nicht irre machen lassen. Ist die Haltung Englands einmal klar festgestellt, wird man über die Möglichkeit einer Konferenz verhandeln können. Der Wunsch Englands ist der Friede, aber es ist nothwendig, daß Gortschakoff seine erste Note zurückziehe.

London, 30. November. Die englische Regierung hat nach Tours die Einladung gelangen lassen, daß Frankreich an der Konferenz theilnehme.

Oesterreich knüpft seinen Beitritt zur Konferenz an die Bedingung, daß Rußland die Erklärung abgebe, sich den Konferenzbeschlüssen unbedingt zu unterwerfen.

Wien, 30. November. Das Militärkomitee der österreichischen Delegation beschloß die nicht privatgen Militärstützungen der Verwaltung des Kriegsministeriums zu entziehen und dem Reichsfinanzminister zu übertragen.

Freiherr v. Ruhn, über das Militärpensions-normale interpellirt, antwortete, daß dasselbe sich im Stadium der Verhandlung befinde.

Florenz, 30. Nov. Die Antwortnote des italienischen Kabinetes ist gestern nach Petersburg abgegangen; sie ist in verständlichem Tone abgefaßt, weist auf zwei Artikel des Pariser Vertrages hin, welche die Gortschakoff'sche Forderung als unberechtigt erscheinen lassen, und bemerkt, daß, wenn der Pariser Vertrag oder einzelne Punkte desselben verletzt worden sein sollten, die russische Regierung in solchen Fällen hätte Protest erheben sollen. Italien würde sich gewiß demselben angegeschlossen haben. Italien werde sich übrigens dem Vorgange der übrigen Mächte anschließen.

Versailles, 29. Nov. Prinz Friedrich Karl meldet: Am 28. d. M. wurde das 10. Armeekorps durch bedeutend überlegene Kräfte des Gegners angegriffen; es konzentrierte sich bei Beauncla-Rolande, woselbst es sich siegreich behauptete und am Nachmittage in meinem Weisem durch die 5. Division und 1. Kavallerie-Division unterstützt wurde. Unser Verlust beträgt etwa 1000 Mann. Der feindliche Verlust ist sehr bedeutend, viele hundert Gefangene sind in unseren Händen. Der Kampf endete nach 5 Uhr.

Von der ersten Armee ist ferner die Meldung eingegangen, daß in Folge der siegreichen Schlacht am 27. d. M. Amiens am 28. d. M. vom General Söben besetzt wurde.

Berlin, 30. Nov. (Offiziell.) Versailles, 28. Nov. Der König an die Königin: Gestern fand ein siegreiches Treffen südlich Amiens durch General Manteuffel mit einem Theile der ersten Armee statt. Feindlicher Verlust einige tausend Mann, 700 Gefangene, eine Mobilgardesahne. Das 9. Subarenregiment ritt ein Marinebataillon nieder. Unser Verlust ist nicht bedeutend.

